

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network  
**[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)**

**newsletter 63/ 17. 01. 2004**

**KURZINFORMATIONEN**

16.01.2004

**Inhaltsstoffe von Waschmitteln kuenftig im Web.** Verbraucher in der Europäischen Union sollen künftig besser über die Inhaltsstoffe

von Wasch- und Reinigungsmitteln informiert werden.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=292629,3202,/computer/internet>

13. 01. 2004

**DIMDI gibt ATC-Klassifikation für Deutschland heraus.** Das DIMDI gibt seit Januar 2004 die deutsche Fassung der Anatomisch-Therapeutisch-Chemischen (ATC-) Klassifikation mit definierten Tagesdosen (DDD) heraus. Diese neue gesetzliche Aufgabe wurde dem DIMDI im Zuge des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) erteilt. Die Klassifikation sowie Richtlinien für die Festlegung der Daten stehen auf den Internetseiten des DIMDI in den Bereichen "Arzneimittel" und "Klassifikationen" kostenfrei zur Verfügung. <http://www.dimdi.de/>

**Eingeatmete Nanoteilchen wandern offenbar ins Gehirn** Nanopartikel boomen: Als winzige Röhrchen sind sie die Grundbausteine künftiger Computerschaltkreise, als winzige Kapseln könnten sie Medikamente in Zellen von Patienten transportieren. Doch auch als Gesundheitsrisiko sind sie nicht zu unterschätzen, wie US-Forscher jetzt vorsichtig warnen. ... <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=292173,3200,/medizin/umweltmedizin>

**Inhaltsstoffe von Deodorants lagern sich im Gewebe ab**

Spuren in Brusttumoren nachgewiesen <http://www.presstext.de/> und/oder

12. 01. 2004

**Deodorant und Brustkrebs – Parabene im Tumorgewebe**

READING/GROSSBRITANNIEN. Britische Forscher haben Konservierungsmittel, die in Kosmetika verwendet werden, in Gewebeproben von Brustkrebspatientinnen nachgewiesen. Ihre Studienergebnisse im Journal ...

mehr <http://www.aerzteblatt.de/>

09.01.2004

**Umweltgifte: Hohe Dioxinmengen in Billiglachs** - Wissenschaft - SPIEGEL ONLINE  
SPIEGEL ONLINE Zuchtfabriken enthält einer Studie zufolge Umweltgifte wie Dioxin und PCB - und zwar in bedenklich hohen Konzentrationen. Wissenschaftler empfehlen deshalb den teureren, jedoch weniger belasteten Wildlachs URL:  
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,281067,00.html>

**Sind die Grenzwerte fuer hormonell aktive Substanzen zu niedrig?** Bisher glaubte man, die Gefahren, die von hormonell aktiven Chemikalien in Gebrauchsgegenständen ausgehen können, durch Grenzwerte im Griff zu haben. Neue Studien deuten darauf hin, daß solche Substanzen möglicherweise auch in Konzentrationen unterhalb der bisherigen Grenzwerte Fetten schädigen und Krebs auslösen können.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=287872,3190./medizin/krebs>

Anmerkung Scherrmann: So neu ist diese Erkenntnisse nicht, sie sollten spaetestens seit Coborn's Buch bekannt sein.

### **Rauchen erhöht Brustkrebsrisiko**

OAKLAND. Aktive Raucherinnen haben ein um 30 Prozent erhöhtes Brustkrebsrisiko. Nach den Ergebnissen einer prospektiven Kohortenstudie im Journal of the National Cancer Institute (JNCI 2003; 96: ... mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14989>

**Sinkt die Zeugungsfähigkeit der Männer?** Könnte sein, weil die Zahl der Spermien im Ejakulat schwindet, wie eine britische Studie bestätigte

[http://www.netdokter.de/feature/verhuetung\\_news3.htm](http://www.netdokter.de/feature/verhuetung_news3.htm)

Anmerkung Scherrmann: Hierzu gibt es schon seit 10 Jahren Daten, und zumindest einige Erkenntnisse, welche Rolle Chemikalien dabei spielen

### **Hautprobleme: Immer noch Berufskrankheit Nummer eins**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2004&m=1&d=8&id=106861>

Anmerkung Scherrmann: Bei den Hautkrankheiten ist der Nachweis leichter als bei anderen Krankheiten, bzw. der Zusammenhang zwischen Chemikalien und Hautkrankheiten kann weniger geleugnet werden.

**US-Moskitos insektizidresistent - Forscher warnen vor Folgen** London - US-Forscher haben bei Moskitos Resistenzen gegen das Insektizid Pyrethroid festgestellt. Die Tatsache beunruhigt nicht nur die Landwirte, sondern auch die Gesundheitsbehörden. Ausgerechnet jene Stechmücken werden nämlich für die Verbreitung des West-Nile-Virus verantwortlich gemacht, berichtet das Journal for Pest Management Sciences

<http://www.interscience.wiley.com/pestmanagementscience> in seiner jüngsten Ausgabe.

Von <http://www.pressext.de/pte.mc?pte=04010903>

### **04.01.04 Vorbeugung als Kostenbremse Nr. 1 / Gesundheitsökonom: Ein Fünftel weniger Ausgaben**

Wort und Bild - Gesundheit

Baierbrunn (ots) - Durch konsequente Vorbeugung könnte ein Fünftel aller Gesundheitsausgaben eingespart werden. Davon zeigt sich der Kölner Gesundheitsökonom Prof. Dr. Karl Lauterbach im Interview mit dem Apothekenmagazin "Gesundheit" überzeugt. "Der sicherste Weg, Geld einzusparen ist die Konzentration auf die vier Risikofaktoren Übergewicht, Fehlernährung, Bewegungsmangel und Rauchen", sagt er unter Verweis auf Studien, die belegen, dass Menschen, die diese Gefahren vermeiden, länger leben ohne höhere Gesundheitskosten zu verursachen. Zugleich warnt er vor "Scheininnovationen" bestimmter Diagnostik-Verfahren für die "Vorsorge". Der Nutzen etlicher Methoden sei wissenschaftlich nicht belegt, ihre Kosten aber enorm.

Das Apothekenmagazin "Gesundheit" 1/2004 liegt in vielen Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben.

Alle Texte auch online: <http://www.gesundheitpro.de/> - Button "Apotheken Magazine" -  
Presse-Service

ots-Originaltext: Wort und Bild – Gesundheit <http://www.presseportal.de>

Anmerkung Scherrmann : Wenn nicht nur die obigen 4 Risikofaktoren sondern auch noch eine „generelle Schadstoffvermeidung“ (nicht nur auf dem Gebiet des Rauchens) propagiert wuerde, wuerden sich die Ausgaben noch weiter reduzieren. Es stellt sich hierbei natuerlich die Frage: Ist nicht eher gewollt, dass die Ausgaben hoch bleiben, und so die vielen Arbeitsplaetze erhalten bleiben, ja noch viele neue geschaffen werden koennen?

**Wundermittel Teebaumoel als Allergen Herpes gegen Allergie eingetauscht: Mediziner warnen vor Gebrauch**

<http://www.presstext.de/>

=====

**WISSENSCHAFT**

In den USA wurden in den letzten Monaten einige hochinteressante Studien zu MCS veroeffentlicht. Mehr dazu per private email, auf den englischen newsletters Nr. 24 und 25

=====

**BUCHTIPP**

**Lambrech/Tjaden/Tjaden-Steinhauer, Studien zu Subsistenz, Familie, Politik Bd.1 EUR 17.-**

**Tjaden/Tjaden-Steinhauer, Studien zu Subsistenz, Familie, Politik Bd.2 EUR 22.-**  
Band III erscheint im April

Leseprobe und Anmerkungen von Karl-Rainer Fabig, Autor eines Beitrags im Band III.

**Leseprobe / Auszug aus dem Beitrag „Genvarianten und Umweltgifte“**

(Erscheint im April 2004 in dem Buch „**Von Tikal bis irgendwo**“

„...Die Vorfahren aller jetzigen Lebewesen haben - auf unterschiedliche oder ähnliche Weise - Entgiftungsapparate entwickelt, um einerseits mit körperfremden Lebewesen (wie Viren, Bakterien) und andererseits mit körperfremden chemischen Stoffen (z.B. aus Waldbränden oder Vulkanausbrüchen) mehr oder weniger erfolgreich umzugehen. Es wird angenommen, dass die hoch differenzierten und anpassungsfähigen Immunsysteme sich vor ungefähr 400 Mio. Jahren entwickelt haben (Burmester / Pezzutto 1998). Über das evolutionäre Alter und die Entwicklung der Fremdstoff-Metabolismen gibt es keine näheren Kenntnisse. Es darf spekuliert werden, dass die Gene der fremdstoff-metabolisierenden Enzyme sich früher entwickelt haben könnten als die Gene der Immunsysteme. Es könnte angenommen werden, dass sich die frühesten Lebewesen vorrangig in und mit der chemisch-physikalischen Umwelt und erst später mit Problemen des Lebens in der biologischen Vielfalt befassen mussten. Insektenkundler könnten wohl am ehesten Schätzungen über das Alter der Fremdstoffentgiftungs-Apparate machen. Bei der Malaria-Mücke *Anopheles gambiae*, die in Afrika für über eine Million Tote pro Jahr verantwortlich ist (Snow 1999), wurden bisher Gene für 28 Glutathion-S-Transferasen nachgewiesen (Ding 2003). Diese Zahl sagt nicht viel aus, haben doch *Drosophila melanogaster* 43 und *Homo sapiens* 40 Gene für GSTs (Holt 2002). Unter einem anderen Blickwinkel treffen aber die Stiche der Malaria-Mücke auch die jetzigen Studienergebnisse (der Untersuchungen von NAT2, GSTM1 und GSTT1 bei über 800 Patienten). Denn nicht nur ist die jüngere Geschichte der Malaria mit der Geschichte des Insektizids DDT verwoben. Es stellte sich schon relativ früh heraus, dass ein von der Hausmücke zur Abwehr gegen DDT eingesetztes Enzym (die „DDT-dehydrogenase“) eine Glutathion-S-Transferase ist (Clark 1984). Zudem ist die Pyrethroid-Resistenz der Insekten

mit den antioxidativen Wirkungen von Glutathion-S-Transferasen assoziiert (Vontas 2001). Bei *Anopheles gambiae* geht die DDT-Resistenz ebenfalls mit gesteigerten GST-Aktivitäten einher (Prapanthadara 1993). Wenn somit Glutathion-S-Transferasen Funktionen der DDT-Abwehr, der Pyrethroid-Abwehr usw. erfüllen, dann stellt sich die Frage, was ist mit den Insekten und (und anderen Lebewesen), die keine GSTs produzieren ?...“

Anmerkungen:

Der erste Band der „**Studien zu Subsistenz, Familie und Politik**“ genannten Buchreihe belegt akribisch das gegenwärtig vorhandene Wissen über die (gesellschaftlichen) Anfänge der Menschheit und verfolgt diese bis zum Aufkommen der Hochkultur von Uruk im jetzigen Irak. Der Titel bezeichnet den Fundort der ersten Hominiden und heisst dementsprechend „**Gesellschaft von Olduvai bis Uruk**“.. Der zweite Band „**Gesellschaft von Rom bis Ffm**“ analysiert die römische und andere Gesellschaften bis hin zur Gegenwart. Dabei wird dem „iberischen Eigenweg“ in der Zeit des Wirkens des Reiches von „al Andalus“ und der nachkommenden der geistig-gesellschaftlichen Rückentwicklung ein eigenes Kapitel gewidmet. Es wird angedeutet, dass ein Paradigma über einen gesellschaftlichen „Fortschritt“ keine sachliche Begründung hat.

Im April 2004 erscheint der 3. Band der Reihe mit dem Titel „**Gesellschaft von Tikal bis irgendwo**“. Darin geht es nicht nur um die altamerikanische Hochkultur von Tikal, um Richtigstellungen des Geredes über die „besonderen“ Gewalttätigkeiten der Maya, Inka und Azteken und um die Darstellung der zapatistischen Gegenwart (sowie historischer Gesellschaften, wie der der Griechen und Phönizier sowie der aktuellen Rolle des US-Imperialismus unter dem Aspekt des „Fortschritts“ in der Geschichte), sondern auch – sozusagen medizinisch – um jene Art der Gewaltausübung, die darin liegt, dass - auch ohne eine besondere Exposition, bereits im Alltag - die jeweiligen Befindlichkeiten und Lebensqualitäten durch toxische Belastungen von immer mehr Menschen unterschiedlich verschlechtert werden. Dies wird mit dem Ergebnis von vielfältigen Assoziationen zwischen individuellen evolutionär jeweils so weitergegebenen Genvarianten im Fremdstoffwechsel und den betreffenden **Chemikalien-Sensitivitäten und –Expositionen** von über 800 Menschen empirisch (molekulargenetisch) belegt.

Dieser Beitrag wurde von den Herausgebern so eingeschätzt, dass er „**eine Variante von Gewaltherrschaft**“ belegt, die bisher übersehen wurde.

Herausgeber der Gesamtreihe sind die Philosophen und Soziologen Lars Lambrecht, Thomas Mies, Urte Sperling, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer.

Sie können Band 3 vorbestellen. Band 1 und Band 2 werden nicht nur sehr anempfohlen, sondern können auch direkt beim Verlag geordert werden.

Zu bestellen beim Verlag Winfried Jenior, Lassallestr. 15, D-34119 Kassel, E-Mail: [Jenior@aol.com](mailto:Jenior@aol.com), Homepage: [www.jenior.de](http://www.jenior.de)

=====

## **POLITIK - BEHOERDEN**

=====

## **BMGS**

7.01.2004 **Bessere Versorgung und mehr Mitsprache für chronisch kranke Menschen**

(nicht mehr oder unter geaenderter Adresse im Web)

=====

## BUNDESTAG

14.01.04

Gesundheit und Soziale Sicherung/Gesetzentwurf

### BUNDESRAT: FESTSTELLUNGSVERFAHREN IM SCHWERBEHINDERTENRECHT ÜBERPRÜFEN

Berlin: (hib/RAB) Das gesamte Feststellungsverfahren im Schwerbehindertenrecht und die Ausweisgestaltung soll überprüft werden. Dafür spricht sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (15/2318) aus, der wortgleich ist mit einem zuvor von der Koalition vorgelegten Gesetzentwurf (15/1783).

Im Interesse der Antragsteller und der Versorgungsverwaltungen müsse es das Ziel sein, das Feststellungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Zur Begründung schreibt die Länderkammer, das jetzige Verfahren sei mit erheblichem Aufwand mit einer Vielzahl praktischer Probleme verbunden. Die Fristen erweckten bei den Antragstellern unrealistische Erwartungen, die angesichts der Realität in den Versorgungsverwaltungen der Länder nur zu einer beinahe zwangsläufigen Enttäuschung und noch mehr Beschwerden, Petitionen und sogar zu Schadensersatzforderungen führten. Die unrealistischen Fristen sorgten außerdem für anhaltende Demotivation der Mitarbeiter in den Versorgungsverwaltungen. In ihrer Gegenäußerung kündigt die Bundesregierung an, in dieser Angelegenheit im laufenden Jahr Gespräche mit den Ländern aufzunehmen. Darüber hinaus fordert die Länderkammer die Regierung auf, zum Jahr 2007 das Anzeigeverfahren mit dem Ziel neu zu regeln, es in das sozialversicherungsrechtliche Verfahren der Datenerfassung und Datenermittlung einzubinden. Die Exekutive schreibt dazu, sie werde diese Vorschläge zeitnah gemeinsam mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit prüfen. Einem weiteren Vorschlag der Länderkammer stimmt die Bundesregierung zu. Der Bundesrat spricht sich dafür aus, dass sich die Rehabilitationsträger die Integrationsdienste auch tatsächlich in Anspruch nehmen. In der Vergangenheit sei es bereits nach geltendem Recht möglich gewesen, dass Rehabilitationsträger die Integrationsdienste bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch konkrete Beauftragungen beteiligen können.

---

13.01.2004

Verbraucherschutz/Antwort

### ÖKO-LEBENSMITTEL ÜBERRAGEN KONVENTIONELLE PRODUKTE IN QUALITÄT UND ERZEUGUNG

Berlin: (hib/POT) Lebensmittel aus ökologischem Landbau zeichnen sich durch eine hohe Qualität aus und sind hinsichtlich ihrer Erzeugung konventionell produzierten Produkten in vielen Punkten überlegen.

Dies betont die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2297) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/2203) zur Qualität von Nahrungsmitteln des ökologischen Landbaus. Sie bezieht sich dabei auf den Statusbericht "Bewertung von Lebensmitteln verschiedener Produktionsverfahren" im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Die Frage, ob der regelmäßige Verzehr von ökologisch produzierten Nahrungsmitteln generell für die Gesundheit förderlicher sein kann als der konventionell erzeugter Produkte, könne mit der genannten Studie allerdings nicht abschließend beantwortet werden, da es hierüber bisher keine umfangreichen wissenschaftlichen Studien gebe.

Weiter heißt es in der Antwort, qualitative Unterschiede seien allerdings zum Beispiel bei pflanzlichen Lebensmitteln aus ökologischem Landbau zu erwarten, da diese bedingt durch den Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel weniger Rückstände als Produkte aus konventioneller Erzeugung aufwiesen.

Bei Obst und Gemüse können nach Regierungsangaben Produkte aus ökologischem Anbau bisweilen höhere Konzentrationen an einigen sekundären Pflanzenstoffen aufweisen als entsprechende Produkte aus konventionellem Anbau.

So zeigten sich zum Beispiel in einigen Studien höhere Polyphenol-Gehalte unter anderem bei Bio-Äpfeln, Bio-Pfirsichen und weiteren Bio-Früchten, was unter ernährungsphysiologischen Aspekten von Bedeutung sei.

Darüber hinaus stehe die ökologische Tierproduktion als wesentlicher Teil des ökologischen Landbaus in Einklang mit einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landbewirtschaftung. Die flächengebundene,

auf weitgehend geschlossene Stoffkreisläufe und tiergerechte Haltungsverfahren abstellende ökologische Tierhaltung trage, so die Regierung weiter, zur Reduzierung der von der intensiven, flächenunabhängigen Tierhaltung ausgehenden erheblichen Umweltbelastungen bei, zu denen unter anderem Nährstoffauswaschung und die Emission klimarelevanter Gase zählten.

---

Berlin: Mo, 12.01.2004

Gesundheit und Soziale Sicherung/Antwort

#### FÜNF BIS ACHT MILLIONEN MENSCHEN LEIDEN UNTER CHRONISCHEN SCHMERZEN

Berlin: (hib/RAB) In der Bundesrepublik leiden Schätzungen zur Folge fünf bis acht Millionen Menschen unter behandlungsbedürftigen chronischen Schmerzen. Von diesen benötigten bis zu 20 Prozent eine spezielle Schmerztherapie.

Laut Antwort der Regierung (15/2295) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/2227) gibt es keine belastbaren Zahlen für Kinder, die unter chronischen Schmerzen leiden. Expertenschätzungen zufolge litten etwa 350.000 Kinder an Migräneattacken.

Nach dieser Schätzung sei die Zahl an Kindern, die unter funktionellen Bauchschmerzen leiden, hoch. Von Krebs- bzw. Tumorschmerzen seien in Deutschland nach Schätzungen etwa 600 Kinder betroffen. Die volkswirtschaftlichen Kosten, die in Folge der chronischen Schmerzen entstehen, würden von Experten auf jährlich 20 bis rund 29 Milliarden Euro taxiert, heißt es in der Antwort weiter.

Die Behandlung, Rehabilitation und vorzeitige Berentung von Patienten mit chronischen Rückenschmerzen verursache nach anderen Schätzungen Kosten in Höhe von rund 25 Milliarden Euro. Nach Angaben der Regierung ist die Versorgung von chronischen Schmerzpatienten in Deutschland nicht überall optimal.

Oftmals sei die dosierte Menge von Schmerzmitteln zu gering, und die Informationen der Patienten über die Einnahmemodalitäten seien mangelhaft. Weiter schreibt die Regierung, ihr lägen über das Ausmaß der Verwendung von Cannabis in der Schmerztherapie keine Informationen vor.

Grundsätzlich könne Dronabinol, ein Inhaltsstoff von Cannabis, der im Betäubungsmittelgesetz als verkehrs- und verschreibungsfähig eingestuft werde, verschrieben werden.

---

January 07, 2004

Umwelt/Antwort

## REGIERUNG BEGRUESST VERORDNUNGSENTWURF ZUR EU-CHEMIKALIENPOLITIK

Berlin: (hib/RAB) Die Bundesregierung begrüßt den im Oktober letzten Jahres von der EU-Kommission verabschiedeten Reach-Verordnungsentwurf zur europäischen Chemikalienpolitik. In der Antwort der Regierung (15/2273) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/2041) heißt es,

die konkrete Beratung der Verordnung in den Rechtssetzungsgremien könne damit beginnen und das Europäische Parlament sich mit dem Entwurf noch vor den Wahlen im Juni befassen. Laut Antwort sind viele Vorschläge der Regierung in den Verordnungsentwurf übernommen worden.

Die Exekutive will sich aber dennoch in einigen Punkten in den bevorstehenden Ratsberatungen für entsprechende Verbesserungen einsetzen. Eigenen Angaben zufolge will die Regierung das Reformvorhaben auf der Basis der abgestimmten Positionen konstruktiv unterstützen.

Sie beruft sich auf eine Folgenabschätzungsstudie einer britischen Unternehmensberatungsgesellschaft, wonach sich die relevanten direkten Kosten des Verordnungsentwurfs für die chemische Industrie nunmehr auf 2,3 Milliarden Euro belaufen, die auf 11 Jahre verteilt werden.

Somit seien die Kosten gegenüber den Vorentwürfen um rund 80 Prozent reduziert worden. Diese Kosten entsprächen in etwa 0,5 Prozent eines Jahresumsatzes der europäischen Chemieindustrie. Die makroökonomischen Auswirkungen des Reach-Systems würden als "wahrscheinlich zu vernachlässigen" eingeschätzt.

Der potenzielle Nutzen für die öffentliche Gesundheit werde mit 50 Milliarden Euro über 30 Jahre angegeben.

Zum Inhalt der Verordnung heißt es, ein großer Teil der stoffbezogenen Verbote und Beschränkungen der Chemikalienverpackungsordnung und der Gefahrstoffverordnung beziehe sich auf die Verwendung von Metallen.

Nichteisenmetalle hätten vielfach inhärent gefährliche Eigenschaften, die zu gravierenden Umwelt- und Gesundheitsproblemen bei ihrer Anwendung führen könnten. Beispiele seien die Giftigkeit von Blei oder Quecksilber, die allergieauslösende Wirkung von Nickel oder die Umweltgefährlichkeit von Kadmium.

Anmerkung Scherrmann: Hier sieht man mal in Zahlen wie viel die menschliche Gesundheit wert ist und wo die Lobbies sitzen. Wenn diese Minimalmassnahmen schon 50 Milliarden „Nutzen für die öffentliche Gesundheit“ bringen, was haette dann erst eine nicht so verwaesserte Chemikalienpolitik gebracht? Aber – siehe oben - ich frage mich immer wieder, ob gerade dies ueberhaupt erwuenscht ist.

Siehe hierzu auch weiter unten unter UBA.

6.01.2004

**POLITIK**Verbraucherschutz/Antwort

## REGIERUNG BEGRÜßT ENGAGEMENT DER PRIVATEN WIRTSCHAFT BEI "GOLDEN RICE"

Berlin: (hib/POT) Die Bundesregierung begrüßt das Engagement der privaten Wirtschaft im Zusammenhang mit dem von Wissenschaftlern entwickelten so genannten "Golden Rice". Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (15/2277) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/2096) hervor.

Mit der gentechnisch veränderten Reissorte wollen die Wissenschaftler durch Vitamin-A-Mangel bedingten Erkrankungen in Entwicklungsländern, wie hohe Kindersterblichkeit und Erblindung, entgegenwirken. Während die vollständigen kommerziellen Rechte an der Erfindung des "Golden Rice" den Regierungsangaben zufolge an ein privates Unternehmen übertragen worden sind, seien die nicht-kommerziellen Rechte der lizenzfreien Nutzung durch nationale und internationale Forschungsinstitute und Kleinbauern in den Entwicklungsländern bei den Erfindern geblieben. Auch der Verkauf des "Golden Rice" sei Kleinbauern möglich, solange sie nicht mehr als 10.000 US-Dollar jährlich daran verdienen. Die private Wirtschaft kann nach Ansicht der Regierung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung von Armut und Unterernährung leisten, wenn sie auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der Armen angepasste Techniken und Produkte entwickelt und sie nach einer angemessenen Testphase unter realen Bedingungen und eingehender Sicherheitsprüfung diesen Menschen kostengünstig zur Verfügung stellt. Feldversuche zur Prüfung der Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit des "Golden Rice" stünden jedoch noch aus. Zudem zeige die Entwicklung der gentechnisch veränderten Reissorte auch die Schwierigkeiten, die unter anderem aufgrund der komplexen Fragen im Zusammenhang mit dem Patentrecht auftreten können, heißt es in der Antwort weiter.

Kommentar: Dr. Thilo Bode (foodwatch, ehem. Chef von Greenpeace)

### **Statement zur Gentechnologie**

Umweltverbände befassen sich vorwiegend mit der "grünen Gentechnologie", also der Gentechnologie in der Landwirtschaft (Das Thema Patente auf Erbgut ist jedoch für die gesamte Gentechnologie, also auch für die Biomedizin relevant). Der Haupteinwand gegen die grüne Gentechnologie ist, dass die bekannten und möglichen Risiken in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen stehen. ...

Der Widerstand gegen Gentechnologie in der Landwirtschaft hat nichts mit Technologiefeindlichkeit zu tun. Im Gegenteil. Eine moderne ökologische Landwirtschaft ist ohne modernste Technologie in allen Bereichen nicht zu denken. Es geht um den Widerstand gegen eine Technologie, die aus rein kommerziellen Motiven durchgesetzt werden soll und ein erhebliches Risiko für eine langfristige, naturverträgliche Ernährung der Menschheit darstellt.

URL steht nicht mehr zur Verfügung.

-----

Verbraucherschutz/Antwort

### **KEINE ERTRAGSUNTERSCHIEDE BEI TRANSGENEN UND HERKÖMMLICHEN RAPSSORTEN**

Berlin: (hib/POT) Die bisher bekannten Studien weisen darauf hin, dass es keine Ertragsunterschiede zwischen herbizidtoleranten transgenen und herkömmlichen Rapssorten gibt. Dies schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2263) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/1937) zu den Umweltwirkungen des Anbaus von transgenen Pflanzen.

Sofern Unterschiede bezüglich der Umweltwirkungen festgestellt worden seien, resultierten diese vermutlich eher aus den unterschiedlichen Herbiziden und deren Einsatzbedingungen.



Eine abgeschlossene wissenschaftliche Meinung liegt den Regierungsangaben zufolge jedoch nicht vor. Auch Unterschiede in der Umweltverträglichkeit seien nicht bekannt. Weiter heißt es in der Antwort, der Bezug der Flächenerträge auf die möglichen Umweltwirkungen der Produktionsverfahren oder auf deren Wirkungen im Naturhaushalt bildeten mögliche Wege, die Umweltbelastungen verschiedener Anbaumethoden zu bewerten. Durch Nachhaltigkeitsindikatoren können nach Ansicht der Regierung darüber hinaus auch ökonomische und soziale Kriterien erfasst werden.

=====

## **UBA – UMWELTBUNDESAMT**

Umweltbundesamt Presse-Information 06/04 Berlin, den 16.01.2004

### **Mit REACH den Umgang mit Chemikalien verbessern**

#### **Tagungsband zur neuen europäischen Chemikalienpolitik fasst Diskussionsstand zusammen**

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2003 den Verordnungsentwurf zum künftigen Chemikalienrecht vorgelegt. Die REACH-Verordnung (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) soll den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt verbessern - und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit der chemischen Industrie erhalten und stärken. Wie das zusammen passt, darüber diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Verbänden und Behörden auf der Veranstaltung "REACH - die Ziele erreichen". Unter diesem Motto hatten die EU-Kommission, das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) in das Bundespresseamt eingeladen. Die Einführungsvorträge und Diskussionsergebnisse sind in einem Tagungsband dokumentiert, den das UBA im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> veröffentlicht hat.

"Eine wissensbasierte Wirtschaft verträgt sich nicht mit dem Zustand, dass zigtausend Chemikalien produziert, verarbeitet, angewendet und an den Mann und an die Frau gebracht werden, ohne dass deren Wirkungen auf die Gesundheit der Menschen und die Umwelt ausreichend bekannt sind", sagte Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, auf der Berliner Veranstaltung.

Das derzeitige Chemikalienmanagement in Europa hat erhebliche Schwächen. Von den rund 30.000 Stoffen, die jährlich mit mehr als einer Tonne produziert werden, sind bislang nur 140 ausreichend auf ihre Wirkungen bewertet. Die Nachweispflicht für Risiken liegt bei den Behörden. REACH soll neue Regeln setzen: Für die Sicherheit der Chemikalien sind fortan die Hersteller, Importeure und Weiterverarbeiter verantwortlich. Sie müssen künftig zu allen Stoffen beurteilungsfähige Daten vorlegen, die den ganzen Lebenszyklus einschließen. Besonders besorgniserregende Stoffe, etwa krebserzeugende, erbgutschädigende und fortpflanzungsgefährdende Stoffe (CMR) oder persistente, bioakkumulierbare und toxische Stoffe (PBT), bedürfen einer Zulassung. Insofern stellt REACH für den Schutz von Mensch und Umwelt einen wichtigen Meilenstein dar.

Allerdings hat die EU-Kommission in ihrem Bemühen, die Regelungen wirtschaftsverträglich zu gestalten, von ihrem ursprünglichen Entwurf deutliche Abstriche gemacht: Die Datenanforderungen für Stoffe, die mit weniger als zehn Tonnen pro Jahr produziert werden, sind so stark zurückgeschraubt, dass eine verlässliche Einschätzung des Umweltrisikos nicht mehr möglich ist. Dies betrifft den Großteil der 30.000 im Umgang befindlichen Chemikalien, die über das Wasser, die Luft und den Abfall in die Umwelt gelangen und denen die Verbraucherinnen und Verbraucher täglich ausgesetzt sind. In diesem Punkt bleibt die REACH-Verordnung sogar hinter der Selbstverpflichtung der deutschen Chemieindustrie von 1997 zurück.

Gleiches gilt für die mangelnden Anforderungen an Zwischenprodukte und das Fehlen jeglicher Qualitätssicherung: UBA-Präsident Andreas Troge dazu: "Qualitativ schlechte

Bewertungen bringen das System in Misskredit. Das schafft Bürokratie - also genau das, was die Industrie nicht will. Eine Qualitätskontrolle muss also in ihrem ureigenen Interesse sein."

Der Tagungsband "REACH - die Ziele erreichen" umfasst 144 Seiten und kann im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>, Rubrik "Publikationen", kostenlos heruntergeladen werden.

---

Berlin, den 05.01.04

**Umweltbundesamt Presse-Information 01/04**

**Ab sofort im Internet: Umweltforschungsplan 2004**

Umweltbundesamt vergibt Forschungsaufträge - Interessenbekundung bis 31. Januar 2004 möglich

Die geplanten Projekte des Umweltbundesamtes (UBA) für den Umweltforschungsplan 2004 (UFOPLAN 2004) des Bundesumweltministeriums (BMU) stehen jetzt im Internet. Unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> sind 60 Forschungsprojekte zu umweltrelevanten Themen aufgeführt, die im Jahr 2004 starten sollen. Angegeben sind das Thema, die Kennzahl sowie das betreuende Fachgebiet im UBA. Institutionen oder Firmen, die eines oder mehrere Forschungsprojekte bearbeiten möchten, können ihr Interesse bis 31. Januar 2004 beim UBA, Sekretariat Z 1.6, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, anmelden.

Interessenten sollten angeben:

- das Forschungsthema aus der Übersicht, die Forschungskennzahl (FKZ) und das Fachgebiet (FG),
- die Fachkunde und Leistungsfähigkeit für das zu bearbeitende Thema, zum Beispiel bisherige einschlägige Arbeiten oder wissenschaftliche Veröffentlichungen,
- die personelle und technische Kapazität sowie gegebenenfalls das Eigeninteresse und die Finanzierungsbeitragung.

Wichtig: Die Interessenbekundungen sind für jedes einzelne Projekt getrennt einzureichen. Sie werden von den Fachgebieten im UBA ausgewertet und gegebenenfalls in einem Wettbewerbsverfahren berücksichtigt. Die Aufnahme eines Projektes in den UFOPLAN 2004 bedeutet noch nicht, dass dieses auch im Laufe des Jahres 2004 tatsächlich vergeben wird. Werden Interessenbekundungen nicht berücksichtigt, erfolgt keine Absage seitens des UBA.

HTML-Version: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-001.htm>

PDF-Datei: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-001.pdf>

Kommentar Scherrmann: Interessant sind m.E: hier vor allem folgende beiden

Forschungsvorhaben:

- 51- 204 61 218/05 Umsetzung Aktionsprogramm "Umwelt und Gesundheit"; Teilprojekt Gesundheitsrisiken durch biozidhaltige Produkte und Gegenstände des täglichen Bedarfs und
- 52-204 61 218/04 Umsetzung Aktionsprogramm "Umwelt und Gesundheit"; Teilprojekt Nationaler Umweltsurvey für Kinder, Hauptphase: Bestimmung Arsen, Blei, Cadmium, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Pyrethroide, Flammschutzmittel und Weichmacher im Hausstaub

=====

**BAuA – Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin**

Fachbereich 5 "Chemikalien, Anmeldung und Zulassung"

/ Forschung / Ausschreibung Forschungsprojekte /

**F 2010 "Toleranzschwelle und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz"**

**1. Thema:**

Toleranzschwelle und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz

**2. Ausgangspunkt des Vorhabens:**

Ausgangspunkt dieses Projektes ist das sogenannte "Ampelmodell", das das Akzeptanzspektrum für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz in drei Bereiche (rot, gelb, grün) unterteilt. Das Projekt soll den Blick auf den rot-gelben (Toleranzschwelle) und den gelb-grünen (Akzeptanzschwelle) Übergangsbereich richten. Eine ausführliche Darstellung der Hintergründe und Implikationen des "Ampelmodells" liegt vor (Stichwort "risikobezogenes Bewertungsverfahren") und kann als ergänzende Information im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zur Verfügung gestellt werden.

Projektanlass ist die Notwendigkeit konzeptioneller Überlegungen zur Akzeptanz-Problematik im Rahmen der Gefahrstoffverordnung, **des Biozidprodukte-Zulassungsverfahrens und des geplanten Zulassungsverfahrens für CMR-Stoffe im Rahmen der neuen europäischen Chemikalienpolitik**. Es wird Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin werden, u.a. auf Basis der Ergebnisse des Forschungsprojektes ein konkretes Konzept für eine allgemeine Toleranz- und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz vorzuschlagen und dieses z.B. im Rahmen des Zulassungsverfahrens für Biozid-Produkte anzuwenden.

Ziel des Projektes ist es, die Literatur zu erfassen, allgemeinverständlich aufzubereiten und auszuwerten, die sich einschlägig auf das Thema einer Toleranz- und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken bezieht. **Fachlicher Schwerpunkt dieses Projektes ist die Diskussion zur Akzeptanz und Toleranz von Krebsrisiken.**

### **3. Leistungsumfang:**

Der Auftragnehmer soll die Literatur zu nationalen und internationalen Konzepten für Akzeptanz- und Toleranzschwellen für gefahrstoffbedingte Krebsrisiken auswerten. Der Blick soll sowohl auf den Bereich des Arbeitsschutzes als auch, zu Vergleichszwecken, auf den Bereich des Verbraucherschutzes gerichtet werden.

Der Auftragnehmer soll analoge Konzepte außerhalb der Gefahrstoffproblematik erfassen und auswerten. **Nach unseren Erfahrungen haben derartige Risikoakzeptanz-Konzepte insbesondere für den Bereich der ionisierenden Strahlung einen hohen Reifegrad.**

Sofern dem Auftragnehmer die Verständlichkeit und Transparenz der verfügbaren Literatur unzureichend erscheint, soll er im Rahmen der Projektbearbeitung ggf. Kontakte zu den jeweiligen Autoren, Gruppen und Behörden aufnehmen.

Der Auftragnehmer möge prüfen, inwieweit eine Beschreibung der Risikodimensionen von Krebsrisiken, die nicht im formalen Rahmen des Arbeitsschutzes oder Verbraucherschutzes geregelt werden (z.B. Rauchen), Bedeutung für die hier zu diskutierende Toleranz- und Akzeptanzschwelle für den Arbeitsschutz haben kann.

Auf Basis dieser Literatursauswertungen soll der Auftragnehmer ein konsistentes, die vorliegenden Erfahrungen berücksichtigendes Konzept zur Festlegung einer allgemeinen Akzeptanz- und Toleranzschwelle für Krebsrisiken am Arbeitsplatz entwickeln. Der Auftragnehmer soll bei der Konzeptentwicklung im Auge behalten, dass ein solches Konzept zwingenderweise auch unter Gesichtspunkten der Risikokommunikation formuliert und bewertet werden muss.

**Der Projektnehmer soll das vorzuschlagende Konzept insoweit konkretisieren, dass er realitätsnahe Optionen für eine allgemeine Akzeptanz- und Toleranzschwelle entwickelt und diese vergleichend bewertet.** Darüber hinaus ist es jedoch nicht die Aufgabe des Auftragnehmers, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin eine konkrete Akzeptanz- und Toleranzschwelle vorzuschlagen.

#### *Schlagwörter*

Deutsche Schlagwörter: Risikowahrnehmung, Risikoakzeptanz, Risikotoleranz

Englische Schlagwörter: Risk perception, risk acceptance, tolerability of risks, societal concern

### **4. Anforderungen an die Qualifikation der Bieter:**

Die Bieter müssen über die erforderliche technische, organisatorische und inhaltliche Kompetenz zur termingetreuen Abwicklung des Projekts verfügen.

Das Hauptanliegen des Projektes ist die Thematik der Akzeptanz von Krebsrisiken am Arbeitsplatz. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass die Bieter zunächst ein erweitertes Verständnis der Methodik der Abschätzung von Krebsrisiken und der Relevanz und Unsicherheiten diesbezüglicher Ergebnisse aufweisen. Mit Blick auf die zentrale Thematik des Projektes sollte der Haupterfahrungsbereich der Bieter im Bereich der Risikoakzeptanz-Forschung und der Risikokommunikation liegen. Da die Begründung und Festlegung von Schutzziele, die mit verbleibenden Gesundheitsrisiken verbunden sein können, **auch rechtlichen Randbedingungen und Anforderungen genügen muss, wäre im Interesse einer fachübergreifenden Qualität der Projektergebnisse auch eine juristische Kompetenz der Bieter zu begrüßen.**

Angebots-Abgabetermin: 12.01.2004; 12:00 Uhr

Die Zuschlagsfrist endet am 16.04.2004.

Voraussichtlicher Beginn der Arbeiten: 05/2004

Voraussichtliche Laufzeit: 9 Monate

Kommentar Scherrmann: Hervorhebungen Scherrmann

**Hier steht nicht das Risiko selber sondern die Akzeptanz des Risikos im Vordergrund.**

Ich finde, hier laesst sich zwischen den Zeilen Folgendes lesen:

- 1) Man ist daran interessiert ist, das Know how zu bekommen, die Akzeptanzschwelle zu erhoehen (in Zeiten mangelnder Arbeitsplaetze sowieso kein Problem)
- 2) Man will das individuelle Verhalten (z. B. durch Rauchen) als den alleinigen Ausloeser verantwortlich machen.
- 3) Man will wissen, wie man juristisch vorgehen kann, um jegliche Ansprueche abzuweisen.
- 4) Man will wissen, wie man „CMR-Stoffe, die nach EG-Richtlinien „erwiesenermaßen krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind“ weiterhin verwenden kann
- 5) Gefragt ist nach einem Instrument, um Arbeitnehmer manipulieren zu koennen.
- 6) Da Krebs sowieso Jahrzehnte braucht, um sich zu entwickeln, laesst sich ein direkter Bezug eh selten nachweisen.
- 7) Hier zeigt sich auch deutlich, dass MCS, also eine deutliche, direkte Reaktion auf Substanzen das ganze „schoene“ Denk- und Handlungsgebäude ins Wanken bringen koennte. Die „Toleranzschwelle“ muesste ja erniedrigt werden. Ist doch verstaendlich, dass das Bekanntwerden von MCS mit allen nur erdenkbaren Mitteln unterdrueckt werden muss, bzw. MCS auf die psychische und private Ebene geschoben werden muss.
- 8) Die Akzeptanz von Cancerogenitaet steht im Vordergrund, an weitere Parameter wie Schaedigungen des Erbgutes, Schaedigungen anderer Organe und  
  
Organsysteme, Neurotoxizitaet, Immunsystemschaedigung, Krankheiten wie  
  
Alzheimer, Parkinson, ... wird nicht gedacht.

=====

Ende des newsletter/d/63

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529 email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org), web: <http://www.safer-world.org> SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt